

... wir berichteten: **Mediation eröffnet Chancen!**

# Jetzt: Angekündigter Mediationstermin 01.02.2007 findet nicht statt

- Auf Veranlassung der Gemeindeverwaltung, unter Verantwortung von Bgm. Knopf, wurde der mit allen Beteiligten auf den 01.02.2007 vereinbarte Mediationstermin kurzfristig abgesagt und vorerst verschoben.
- Nach nunmehr 6 Monaten Vorbereitungsarbeit benötigt die Gemeindeverwaltung jetzt mehr Zeit, um sich besser zu informieren.

## Der Hintergrund

Bgm. Knopf hatte noch in der Bürgerversammlung vom 24.11.2006 das ernsthafte Festhalten der Gemeinde am Mediationstermin betont. Die Gemeinde habe seit April 2006 ständig auf die Durchführung des Mediationstermins hingewirkt.

Dennoch überrascht die jetzt kurzfristige Absage durch die Gemeindeverwaltung.

## Umfangreiches Datenmaterial richtig bewerten ...

Über die in der Klageschrift vom 13.07.2005 umfangreich dargelegten Fakten hinaus hält die Gemeindeverwaltung jetzt eine weitere Vertiefung in die beim Hessischen Landesamt für Umwelt und Geologie vorhandenen Akten zur Uranprospektion im Steinbruch Mackenheim für notwendig.

Angesichts der Fülle gewichtigen Informationsmaterials zu den festgestellten Uranvererzungen erscheint es der Gemeindeverwaltung notwendig, sich nun doch eingehender mit den für die Gesundheit der Bürger relevanten Fakten zu beschäftigen.

## ... denn damit ist die vorläufig erteilte Betriebsgenehmigung des Steinbruchs auf Erweiterung angreifbar!

Gutachten mit jüngsten Messungen von Radon-Aktivitätskonzentrationen in bodennaher Atmosphäre im Steinbruch und Umgebung liegen der Gemeinde seit März 2006 vor. Darin sind Messwerte dokumentiert, die vergleichbar sind mit den Maximalkonzentrationen auf den großen Sanierungshalden der ehemaligen Wismut-Standorte (Uran-Abbaugelände in der ehemaligen DDR).

Gegenüber allen von den Emissionen des Steinbruchs Betroffenen wäre es daher unverantwortlich, die nur vorläufig erteilte Betriebsgenehmigung des Steinbruchs **nicht anzugreifen**.

zum Vorteil  
aller Menschen  
in unserer  
Region

Verein zur Förderung des Erhalts der heimatlichen Kultur- und Erholungslandschaft im Weschnitztal und vorderen Odenwald e.V.

29. 01. 2007

im Steinbruch  
knirscht's  
gewaltig ...

- ▶ Die Uranvorkommen im Steinbruch Mackenheim mit bislang nachgewiesenen Konzentrationen von bis zu 50 Kilogramm pro Tonne (5 %) sind seit mehr als 30 Jahren amtlich bekannt. In den Antragsunterlagen vom 04.08.2003 der Porphyrwerke zur Erweiterung des Steinbruchs werden die Uranvorkommen verschwiegen.
- ▶ Entgegen der falschen Behauptung des Regierungspräsidiums Darmstadt, dass die Uranvererzungen im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) behandelt worden seien, wurden die Uranvorkommen auch in der UVP mit keinem Wort erwähnt.
- ▶ Annahmen und Prognosen zum Urangehalt und zum Gefährdungspotential aus dem Betrieb des Steinbruchs durch radioaktive Strahlung im Genehmigungsbescheid des Regierungspräsidiums sind durch keine einzige repräsentative radiologische oder meteorologische Vorortmessung gestützt.
- ▶ Das TÜV-Gutachten zur Staubprognose, auf welches sich die Erweiterungsgenehmigung stützt, ist nachweislich methodisch fehlerhaft. Das den Ausbreitungsrechnungen des TÜV zugrundeliegende Ausbreitungsmodell ist aufgrund der im Steinbruch vorliegenden Geländesteigungen von mehr als 20 % nicht anwendbar. Die Modellrechnungen wurden unzulässig für ebenes Gelände durchgeführt. Erhebliche Staubemissionen infolge thermischer Konvektion wurde nicht berücksichtigt. Außerdem basieren die Rechnungen auf einer ortsfremden, für Mackenheim nicht repräsentativen Datenbasis.  
Lokale Windsysteme werden nicht berücksichtigt.  
Gesetzlich vorgeschriebene Immissionskennwerte werden nicht angegeben.
- ▶ Die Abschätzung der Strahlenexposition der Bevölkerung durch die Emissionen radioaktiver Substanzen aufgrund des Steinbruchbetriebs durch das Regierungspräsidium ist fehlerhaft und unvollständig.
- ▶ Die Behauptung des Regierungspräsidiums, dass die Steinbruch-LKWs vom restlichen Verkehr nicht unterscheidbar seien und damit dem Steinbruchbetrieb nicht zugeordnet werden könnten, ist falsch. Insbesondere für die Ortschaft Weiher stehen die unzumutbaren Belastungen an Staub, Ruß, Dreck, Erschütterungen und Lärm in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Steinbruchbetrieb.

... deshalb:

Was für jeden kleinen  
Handwerksbetrieb gilt:

**Schutz der Anwohner  
und Arbeiter vor Emissionen!**

**Das fordern die Bürger auch hier  
nachdrücklich ein!**

Bürger- **biw**  
Initiative Weiher **Wir  
bleiben  
dran!**  
[www.bi-weiher.de](http://www.bi-weiher.de)